

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

LSVD Hessen  
Postfach 170341  
60077 Frankfurt am Main

**Landesverband  
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77  
65185 Wiesbaden  
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0  
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33  
landesverband@gruene-hessen.de  
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 25. Juli 2023

### **Antwort auf den Wahlprüfstein des LSVD**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur hessischen Landtagswahl 2023. Wir haben uns bemüht, Ihnen ausführliche Antworten auf Ihre Fragen zu geben. Sollten Sie Rückfragen haben, so melden Sie sich gern erneut bei uns.

Unsere Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen



**Bärbel Hartmann**  
**Landesgeschäftsführerin**  
Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

**1. "Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt" fortentwickeln & Förderperiode ausweiten: Der Aktionsplan muss unter Beteiligung der queeren Vereine weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Die Förderperioden sollten an die Legislatur angepasst werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?**

Wir stehen für ein Land, in dem sich jede\*r frei entfalten kann und nicht aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert ist. Menschen sind vielfältig und das ist auch gut so. Nachdem im Juni 2017 der Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt (APAV) nach einem breit angelegten Beteiligungsprozess vorgestellt wurde, fördert er tagtäglich ein diskriminierungsfreies und wertschätzendes Miteinander. 2015 gab es dank grüner Regierungsbeteiligung erstmals finanzielle Mittel für Akzeptanz und Vielfalt. Inzwischen haben wir diese mehr als verfünffacht, sodass im kommenden Jahr 1.220.000€ zur Verfügung stehen. Außerdem wurde der Aktionsplan überarbeitet und in einem erneuten Beteiligungsprozess gemeinsam mit der Community fortgeschrieben. Der APAV 2.0 enthält 65 Vorhaben und wird noch vor der Landtagswahl vorgestellt.

Den APAV und die damit verbundenen Maßnahmen werden wir auch in Zukunft gemeinsam mit der queeren Community weiterentwickeln und ausbauen. Ein besonderes Augenmerk beim Ausbau des Aktionsplans legen wir auf Unterstützungsangebote für Rainbow Refugees und queere Jugendliche, insbesondere im ländlichen Raum. Außerdem wollen wir den hessischen Preis für lesbische Sichtbarkeit auch weiterhin regelmäßig ausschreiben und vergeben. Wir wollen erfolgreiche Projekte planungssicher verstetigen und damit weniger Projekt- und mehr Regelförderungen erreichen, das gilt auch für Maßnahmen aus dem APAV. Jahrelang unveränderte Zuschüsse wollen wir an die Inflation und gestiegene Lohnkosten anpassen und für dringende Bedarfe neue Angebote entwickeln. Dazu werden wir das Sozialbudget um 50% auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr erhöhen.

**2. Hessen tritt LSBT\*IQ- feindlicher Hassgewalt entgegen: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Engagement des Landes Hessen gegen LSBT\*IQ-feindliche Hassgewalt verbessert und der Schutz sowie die Beratung von Betroffenen nachhaltig verbessert wird?**

Menschenfeindlicher Gewalt treten wir in jeder Form entschieden entgegen. Queerfeindlicher Gewalt muss sowohl mit verstärkter Präventions- und Aufklärungsarbeit als auch mit polizeilichen Maßnahmen begegnet werden.

Auch das vom Bundestag im Juni beschlossene Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts leistet einen wichtigen Beitrag zur besseren Verfolgung LSBT\*IQ-feindlicher Hassgewalt. Damit werden „geschlechtsspezifische“ sowie „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive als weitere Beispiele für menschenverachtende Beweggründe ausdrücklich in die Strafgesetze zu Hasskriminalität (§ 46 StGB) aufgenommen. Die ausdrückliche Erwähnung dieser Beweggründe unterstreicht, dass die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen schon frühzeitig solche Motive aufzuklären und zu berücksichtigen hat. LSBT\*IQ-Feindlichkeit wird so in Gerichtsverfahren eher strafverschärfend einbezogen und damit konsequenter geahndet.

Mit einer eigenen Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Hasskriminalität und einer getrennten Erfassung queerfeindlich-motivierter Straftaten wollen wir in Hessen zudem die Aufklärungsquote verbessern. Mit der Online-Plattform hessengegenhetze.de haben wir außerdem bereits eine niedrigschwellige Möglichkeit geschaffen, Hate Speech im Netz oder extremistische Aktivitäten zu melden.

Seit 2014 sind die Stellen in der hessischen Polizei um über 2.000 auf inzwischen über 16.000 Polizist\*innen angestiegen. Verstärkte Polizeipräsenz mit einem mehr an Sicherheit zu verbinden und eine erhöhte Bereitschaft, Verbrechen zur Anzeige zu bringen, bedingen Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden. Dafür muss innere Sicherheit die Lebensrealitäten aller Menschen beachten.

Zu häufig werden marginalisierte Perspektiven nicht berücksichtigt. Betroffene Personen fühlen sich oft nicht sicher. Wir setzen uns deshalb für eine Innenpolitik ein, die die vielfältigen Perspektiven stärkt, die Repräsentanz von marginalisierten Gruppen in der Polizei stärkt und Gewalttaten, beispielsweise gegen queere Menschen, entschlossen bekämpft.

Daher werden wir die von der Expert\*innenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen für einen Neuanfang bei der Polizei konsequent umsetzen. Dazu gehört auch ein neues Leitbild für die Arbeit der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft. Rechtsextreme Haltungen und menschenverachtende Einstellungen haben in der Polizei keinen Platz, deshalb stärken wir die demokratische Resilienz der Polizei und begegnen menschenverachtenden Tendenzen mit allen rechtlichen Mitteln.

Queer- und gendersensible Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere in den Bereichen Polizei, Bildung und öffentliche Verwaltung, wollen wir stärken. Die Ansprechpersonen für LSBTI\*Q in den Polizeipräsidien wollen wir stärken und ihre Tätigkeit, auch in zeitlicher Hinsicht, als festen Bestandteil der Polizeiarbeit verankern.

### **3. Regenbogenfamilien stärken – Akzeptanz verbessern: Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang in diesen Bereichen zu fördern?**

Wir wollen durch eine breite öffentliche Debatte für bestehende Ungleichbehandlungen sensibilisieren und auch hierdurch Veränderungen anstoßen. An öffentlichen Gebäuden, wie z.B. Ministerien oder anderen Verwaltungen, wollen wir zu entsprechenden Anlässen mit der Regenbogenflagge ein Zeichen für Vielfalt setzen. Queer- und gendersensible Fort- und Weiterbildungsangebote, insbesondere in den Bereichen Polizei, Bildung und öffentliche Verwaltung, wollen wir stärken, um die Sensibilität und Akzeptanz gegenüber Kindern und Eltern in Regenbogenfamilien zu erhöhen. Antidiskriminierungsstrategien und Präventionsprogramme sind für uns wichtige Bestandteile unseres Bildungssystems. Die von uns initiierte Modernisierung des Lehrplans für Sexualerziehung hat dazu bereits einen wichtigen Beitrag geleistet. Auch dem Sport und dem Vereinsleben kommt eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung und Vermeidung von Diskriminierungen zu. Kampagnen für Respekt und Vielfalt in den Vereinen werden wir ausbauen.

### **4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen: „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften verankert und Unterrichtsmaterialien LSBT\*IQ-inklusiv ausgestaltet sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?**

Wir haben den Hessischen Lehrplan Sexualerziehung in der letzten Legislaturperiode umfassend modernisiert und die Vermittlung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ebenso wie Fragen der Geschlechtergerechtigkeit explizit verankert. Zudem wird derzeit eine Informationsbroschüre zum Umgang mit Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität an Schulen erarbeitet. Um auch die Umsetzung dieser curricularen Grundlagen und Handreichungen noch weiter zu stärken, wollen wir Fortbildungsangebote und weitere Unterstützungsangebote für Lehrkräfte in diesem Bereich ausbauen. Zudem wollen wir uns mit einer Länderinitiative für mehr Vielfalt in Schulbüchern und weiteren Unterrichtsmaterialien einsetzen.

### **5. Diskriminierungsschutz ausbauen: Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetzes (HADG) auf den Weg bringen und die Arbeit des ADiBe Netzwerk Hessen auskömmlich finanzieren?**

Ein vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten würdigt einerseits die bisherigen Schritte des Landes, um Diskriminierung zu begegnen – wie etwa die Schaffung der Stabstelle Antidiskriminierung oder die Förderung der ADiBe-Netzwerke – kommt aber gleichzeitig zu dem Schluss, dass es zusätzlich auch ein eigenes hessisches Antidiskriminierungsgesetz benötigt. Die wertvolle Arbeit der Antidiskriminierungsstelle, der Antidiskriminierungs- und LSBT\*IQ-Netzwerke werden wir weiter fördern und ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, um die Grundhaltung, sich in Respekt vor unserer Unterschiedlichkeit zu begegnen, in die Fläche zu tragen. Auch die Antidiskriminierungskampagne des hessischen Ministeriums für Soziales und Integration „Hessen. Da geht noch was.“ zielt darauf ab, Projekte, Initiativen und Menschen zu vernetzen und für mehr Sichtbarkeit und Sensibilisierung für die Lebensrealität von LSBT\*IQ zu sorgen. Dabei werden u.a. auch die ADiBe-Netzwerke als Anlaufstellen im Bereich Diskriminierungsschutz aufgeführt und über ihre wertvolle Arbeit informiert.

#### **6. Verfassung LSBT\*IQ-inklusiv ausgestalten: Werden Sie im Bundesrat die LSBT\*IQ-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen, einen entsprechenden Antrag einbringen und sich auch in Hessen für eine LSBT\*IQ-inklusive Ergänzung der Verfassung einsetzen?**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes LSBT\*IQ-inklusiv ergänzt wird. 2018 gab es umfangreiche Veränderungen der hessischen Verfassung. Wenn der hessische Landtag das nächste Mal ein Paket an potenziellen Änderungen vorbereitet, werden wir eine LSBT\*IQ-inklusive Ergänzung vorschlagen. Da Änderungen der hessischen Verfassung zwar zunächst vom Landtag beschlossen werden, aber letztlich auch noch der Bevölkerung zur Abstimmung vorliegen, werden wir uns für eine gut vorbereitete Informationskampagne über die vorgeschlagenen Änderungen einsetzen. 2018 gab es eine solche Kampagne und in der Abstimmung erhielten alle vorgelegten Änderungen eine Mehrheit.

#### **7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat: Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien-/Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlich geborenen Menschen im Bundesrat stimmen?**

Es darf nicht sein, dass Kinder, die in queere Paarkonstellationen geboren werden, nur ein rechtliches Elternteil zugewiesen bekommen. Regenbogenfamilien sind noch immer dem aufwändigen und mitunter in die Intimsphäre eingreifenden Prozess der Stiefkindadoption ausgesetzt. Durch die versagte Anerkennung des zweiten Elternteils werden den betroffenen Kindern wichtige Absicherungen von der Staatsangehörigkeit bis zum Unterhaltsanspruch genommen. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Bundesregierung, eine Reform des Abstammungsrechts voranzubringen und setzen uns für eine schnelle Gesetzesänderung ein.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Selbstbestimmungsgesetz ist ein Meilenstein für die Rechte von trans\*, nichtbinären und intergeschlechtlich geborenen Menschen und wird endlich das menschenfeindliche Transsexuellengesetz ablösen. Wir verfolgen den Gesetzgebungsprozess aufmerksam, sind zuversichtlich, dass das Gesetz nach den Beratungen noch besser ist als vorher und wollen dem Gesetz im Bundesrat zustimmen.

#### **8. Trans\*, intergeschlechtlich geborene und nichtbinäre Menschen (TIN) in Hessen stärken: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die strukturelle Benachteiligung von TIN in Verwaltung, Schule und Jugendarbeit in Verantwortung des Landes Hessen abgebaut und Selbstvertretungen nachhaltig gestärkt werden?**

Wir werden Lehrkräften Unterstützung zum sensiblen Umgang mit queeren Schüler\*innen anbieten und beispielsweise eine Broschüre zum wertschätzenden Umgang mit Trans-Schüler\*innen auflegen. Wir setzen uns dafür ein, dass für Trans-, Inter- und nicht binäre Schüler\*innen im schulischen Alltag ein selbstgewählter Rufname verwendet werden kann. Die in Hessen aufgebauten Strukturen zur Unterstützung und Beratungen von Trans\*Personen werden fortgeführt und die Möglichkeiten des neuen Selbstbestimmungsgesetzes auf landesrechtlicher Ebene ausgeschöpft. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt werden wir auch queer- und gendersensible Fort- und Weiterbildungsangebote stärken, z.B. in der Bildung und der öffentlichen Verwaltung.

Um junge Menschen in der Phase des Coming-Outs zu unterstützen, werden wir das Konzept für queere Jugendliche im ländlichen Raum umsetzen und Safe-Space-Einrichtungen ausbauen mit Wohnraum und sozialpädagogischer Betreuung für Jugendliche, die in ihrer Familie Diskriminierung erfahren. Die Arbeit von queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional gedacht und langfristig abgesichert werden.

### **9. Queeres Leben im Alter fördern: Wie wollen Sie abseits des Aktionsplans dafür sorgen, dass queere Senior\*innen sich in den Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior\*innenvertretungen erhöht wird?**

Wir wollen Senior\*innen-Vertretungen, die die gesamte Vielfalt der älteren Bevölkerung abdecken. Deshalb sind die Maßnahmen des Landes für Akzeptanz und Vielfalt in der Regel auch auf die gesamte Bevölkerung ausgerichtet. Insgesamt sehen wir den Bedarf nach einer größeren Anerkennung für die Arbeit in Senior\*innen-Vertretungen. Auch im Alter und in der Pflege wirken wir auf einen sensiblen und gleichberechtigten Umgang mit den Belangen queerere Menschen hin. Dafür fördert das Land beispielsweise die hessische Landesfachstelle „LSBT\* im Alter“, welche seit 2020 in Kooperation zwischen der Aidshilfe Frankfurt und der Lesben Informations- und Beratungsstelle betrieben wird. Die Fachstelle organisiert beispielsweise Fachtage für Pflegeschulen oder Fortbildungen, die Fachkräfte sensibilisieren.

Erste Pflegeeinrichtungen in Hessen, beispielsweise in Frankfurt, wurden bereits mit dem „Regenbogenschlüssel“ ausgezeichnet. Das Qualitätssiegel „Roze Loper“ verleiht die Auszeichnung nach einer unabhängigen externen Überprüfung an Einrichtungen der Altenhilfe, die sich in besonderer Weise um die Belange älterer LSBT\*IQ kümmern. Gleichzeitig ist das Siegel ein Signal an Mitarbeitende und Bewohner\*innen, dass in der Einrichtung ein besonderes Augenmerk auf Toleranz liegt. Wir wollen weitere Einrichtungen ermutigen sich für die Auszeichnung zu bewerben.

### **10. LSBT\*IQ im Rundfunkrat und in Medienversammlung Sitz und Stimme geben: Werden Sie bis zum Ende der neuen Legislatur dafür sorgen, dass LSBT\*IQ auch im Rundfunkrat des HR sowie in der Versammlung der Medienanstalt Hessen eine Vertretung bekommen?**

Wir GRÜNE treten für eine vielfältige Besetzung von Rundfunkrat und Landesmedienanstalt ein, die unsere Gesellschaft widerspiegelt. Wir haben für neue Besetzungsregeln im HR-Gesetz gesorgt, damit der Rundfunkrat geschlechtergerechter besetzt wird. In diesem Rahmen haben wir den Rundfunkrat des HR reformiert und uns konsequent dafür eingesetzt, ihn diverser und weiblicher zu machen. Dies zeigt die deutliche Erhöhung weiblicher Mitglieder im Rundfunkrat des HR aufgrund der von uns erreichten Änderungen der gesetzlichen Grundlagen. Im Rahmen der Novellierung des Hessischen Gesetzes über privaten Rundfunk und neue Medien (HPMG) wurden auch die Besetzungsregelungen der Landesmedienanstalt vielfältiger und geschlechtergerecht gestaltet. Hieran wollen wir anknüpfen und weiter dafür sorgen, dass diese Gremien die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln, zu der auch LSBT\*IQ gehören.

